

Georg Stein / Volkhard Windfuhr (Hg.)

EIN TAG IM SEPTEMBER

11. 9. 2001

**HINTERGRÜNDE · FOLGEN
PERSPEKTIVEN**

Mit Beiträgen von:

**Adonis, Jörg Armbruster, Sadik Jalal al-Azm, Micha Brumlik,
Friedemann Büttner, Rudolph Chimelli, Wilhelm Dietl, Nadeem
Elyas, Heiko Flottau, Karim El-Gawhary, Kai Hafez, Amr Hamzawy,
Navid Kermani, Michael Lüders, Mohssen Massarrat, Jürgen W.
Möllemann, Reinhard Mutz, Horst-Eberhard Richter, Gernot
Rotter, Edward W. Said, Mahmoud Hamdi Saksuk, Rafik Schami,
Udo Steinbach, Peter Waldmann, Ludwig Watzal, Stefan Wild,
Volkhard Windfuhr**

**Vorwort von
Butros Butros-Ghali**

P A L M Y R A

24. Kapitel

Der Nahostkonflikt nach dem 11. September 2001

Ludwig Watzal

Die Anschläge in New York und Washington vom 11. September 2001 haben die Agenda in den internationalen Beziehungen von Grund auf verändert. Seither gilt die Bekämpfung des »internationalen Terrorismus« in all seinen Schattierungen als wichtigste Aufgabe internationaler Politik. Aspekte sozialer Gerechtigkeit, der Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung sowie des Rechts auf Selbstbestimmung sind nicht nur in Verruf geraten, sondern werden häufig gar als Terrorismus gebrandmarkt. Militärische Sicherheit wird zur dominanten, wenn nicht sogar alleinigen Größe internationaler Politik. Die USA als Hypermacht bestimmen jetzt die politische Agenda und üben erheblichen Druck auf alle Beteiligten aus. Sie definieren, wer als Terrorist zu gelten hat und wer nicht. Wie sagte US-Präsident George W. Bush nach dem 11. September: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!« Eine zutiefst arrogante Haltung, da kein Staat diese Entscheidung treffen muß. Jedes legitime Aufbegehren gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung sowie ökonomische Ausbeutung durch die Politik der Globalisierung wird seitdem als Terrorismus diffamiert. Langsam regt sich in einigen Staaten Europas und der arabischen Welt jedoch Widerstand gegen diese simple Sichtweise internationaler Politik. Ob dieser aber von den Staaten der Europäischen Union durchgehalten werden kann, darf aufgrund der wider-

streitenden Interessen innerhalb der Gemeinschaft bezweifelt werden.

Einer der ersten Staaten, die sich der von den USA ins Leben gerufenen »Antiterrorallianz« anschließen wollten, war Israel. Endlich, so schien es, verstanden die anderen Staaten das Anliegen Israels: den Widerstandskampf eines von militärischer Okkupation strangulierten Volkes als »Terrorismus« auszugeben. Die Enttäuschung in Israels Regierung war groß, als die USA die Mitgliedschaft des Landes in dieser Allianz nicht wünschten. In einer Art Blackout verglich der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon die Lage seines Landes mit derjenigen der Tschechoslowakei 1938. Die US-Führung sah ihm diesen Fehltritt nach, wie sie überhaupt zu den permanenten Völkerrechtsverstößen Israels schweigt. Seither führt sich Israel auf wie eine wildgewordene Kolonialmacht, deren Politik und »Ansprüche« auf die besetzten Gebiete immer weniger verstanden werden. Eine regionale Supermacht führt einen Krieg gegen ein Volk der Dritten Welt, das um seine Selbstbestimmung und Freiheit kämpft. Israel ist es gelungen, der internationalen Staatengemeinschaft zu vermitteln, dies sei »Terrorismus«. Wie verzerrt Sharons Sicht der Dinge ist, zeigt seine Einschätzung in der Tageszeitung *Haaretz* vom 5. März 2002: »The PA (Palestinian Authority) is behind the terror, it's all terror. Arafat is behind the terror. Our pressure is aimed at ending the terror. Don't expect Arafat to act against the terror. We have to cause them heavy casualties and then they will know they can't keep using terror and win political achievements.« Konkret: Noch mehr Zerstörung und Tote werden zur Kapitulation Arafats und des palästinensischen Volkes führen.

Der sogenannte »Antiterrorkrieg« hat auch die berechtigten Anliegen des palästinensischen Volkes völlig in den Hintergrund treten lassen. Sein legitimer Widerstand gegen die militärische Besatzung wird ausschließlich in der Begrifflichkeit des Terrorismus gesehen und vermittelt. Baruch Kimmerling begründete das palästinensische Widerstandsrecht am 27. März 2001 in der Tageszeitung *Haaretz* wie folgt: »Since 1967, millions of Pales-

Ein Tag im September

tinians have been under a military occupation, without any civil rights, and most lacking even the most basic human rights. The continuing circumstances of occupation and repression give them, by any measure, the right to resist that occupation with any means at their disposal and to rise up in violence against that occupation. This is a moral right inherent to natural law and international law.« Dieses Widerstandsrecht werde noch durch die Vierte Genfer Konvention bestärkt, die einen Bevölkerungstransfer des Besatzers in besetzte Gebiete untersagt.

Seit dem 11. September wird aber nicht mehr über die Besatzung und deren verheerende Konsequenzen geredet, sondern der Widerstand dagegen wird als Terrorismus diffamiert. Es soll hier keine Rechtfertigung der Terroranschläge im Kernland Israel erfolgen, durch die Unschuldige getötet werden – sie sind völlig inakzeptabel und müssen mit allen Mitteln verhindert werden. Aber es ist ebenfalls nicht ausreichend, nur über Terrorismus zu sprechen und die Besatzung zu ignorieren. Beide sind keine Zwillingenbrüder, sondern Terrorismus ist der illegitime Abkömmling der Besatzung. Das heißt, die Ursache des palästinensischen Terrorismus ist nicht die Gewalt und der Terror der Palästinenser, sondern die das palästinensische Volk strangulierende israelische Okkupation. Über deren Beendigung muß primär verhandelt werden, weil dann die Grundlage für die palästinensische Gegenwehr entfallen würde. Es gibt nach dem Völkerrecht eine juristische Grundlage für eine Besatzung, aber nur für eine kurze, begrenzte Zeit und nicht für fünfunddreißig Jahre. Ebenfalls gibt es das Widerstandsrecht – und darum handelt es sich beim »palästinensischen Terrorismus« –, das sich aber nicht gegen unschuldige Personen richten darf. Beide Sachverhalte sind mörderisch: unschuldige Israelis werden Opfer des Terrors, und unschuldige Palästinenser werden zu Opfern der Besatzung.

Eines der lächerlichsten Argumente, das von Teilen des politischen Establishments Israels vorgetragen wird, lautet, daß die Okkupation den Israelis gegen ihren Willen aufgezwungen worden sei. Diese Groteske wurde von Ariel Sharon in seiner Rede an das israelische Volk vom 21. Februar 2002 wieder vorgetra-

gen. In dieser Rede bezeichnete er Arafat als das größte Hindernis auf dem Weg zum Frieden. Die westliche Presse fragte unisono, ob Arafat wirklich Frieden wolle. Niemand stellte die Frage, ob Sharon oder das israelische Volk, das ihn ja gewählt hat, Frieden will. Mit der gleichen »Logik« hatte der ehemalige Ministerpräsident Ehud Barak nach der Zurückweisung seines »größzügigsten Angebots« an die Palästinenser in Camp David argumentiert, man könne die Besatzung nicht beenden. Die einfache Tatsache lautet aber, daß Israel die palästinensischen Gebiete besetzt hält, weil es sie besetzt halten will. Israel will sich nicht zurückziehen, weil es das Land für sein kolonialistisches Siedlungsprojekt, für die Ausbeutung des Wassers und aus strategischen Gründen benötigt. Israel will das Gebiet nicht annektieren, weil es den drei Millionen Palästinensern keine Staatsbürgerrechte geben will, das heißt, Israel will das Land, aber möglichst ohne dessen Bewohner. Die Besatzung ist der einzige Weg, beide Ziele zu erreichen. Dabei kann Israel Yassir Arafat sowohl die direkte als auch die indirekte Besatzung anbieten: entweder akzeptiert Arafat die Besatzung, oder er wird durch einen anderen »Führer« ersetzt, der diese Bedingungen als palästinensisches »Ziel« oder palästinensischen »Wunsch« annimmt. Moshe Dayan und Abba Eban hatten noch von einer »wohlwollenden oder aufgeklärten Besatzung« gesprochen. Jahrhunderte kolonialer Herrschaft haben aber gezeigt, daß es keine »aufgeklärte Besatzung« geben kann. Man kann kein Volk zum Wohle eines anderen unterdrücken, ohne Greueltaten zu begehen.

Daß zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Volk in nahezu allen Lebensbereichen seiner Rechte beraubt wird und die aufgeklärte Weltöffentlichkeit dazu schweigt, ist der wirkliche Skandal. Dabei bietet sich der Vergleich mit Südafrika geradezu an. Das weiße Apartheidregime in Südafrika hätte es niemals gewagt, F-16-Kampfbomber, *Apache*-Kampfhubschrauber und Panzer sowie anderes schweres militärisches Gerät »Made in USA« gegen Zivilisten einzusetzen. Israel tut es mit Billigung der Vereinigten Staaten und eines Teils der Europäischen Union. Die Schuld- und Verantwortungsfrage wird dabei auf den Kopf ge-

Ein Tag im September

stellt. Von den Unterdrückten erwartet man die Akzeptierung der Bedingungen der Unterdrücker! Eine solche »Logik« hat es in der modernen Kolonialgeschichte bisher nicht gegeben.

Ein weiterer Irrtum scheint in westlichen Politikkreisen verbreitet zu sein, nämlich, daß es zwischen der Elite der Arbeitspartei und der des konservativen israelischen Spektrums gravierende Unterschiede gäbe. Dieser Fehlwahrnehmung ist es zu verdanken, daß der sogenannte Friedensprozeß über acht Jahre positiv bewertet wurde. In völliger Verkennung des Unterdrückungscharakters dieses Prozesses forderte man dessen Fortsetzung. Mitte Dezember 2001 fand das jährliche Treffen von *Kenes Herzliya* statt. Hier traf sich für drei Tage das gesamte politische und Sicherheitsestablishment Israels, um über *The Balance of Israel's Strength and National Security* zu beraten. Auf dieser Veranstaltung traten neben dem Generalstabschef Shaul Mofaz, dem ehemaligen Shin-Bet-Chef Ami Ayalon, Verteidigungsminister Benyamin Ben-Elieser, dem Mossad-Chef Ephraim Halevy, Außenminister Shimon Peres und dem ehemaligen CIA-Direktor Jim Weseley auch die früheren Ministerpräsidenten Benyamin Netanyahu und Ehud Barak auf. Was letztere über die Aussichten für die Palästinenser zum besten gaben, war die Wahl zwischen Pest und Cholera.

So schlug Netanyahu folgendes vor: Israel müsse den Zusammenbruch des palästinensischen Regimes herbeiführen. Arafat müsse begreifen, daß ein Preis für die nicht eingehaltenen Abkommen zu zahlen sei. (Daß sich die israelischen Regierungen nie an eine Abmachung gehalten haben, mußte Netanyahu wissen.) Falls Hamas die Macht übernehmen sollte, würde dies Israels Handlungsspielraum erweitern. Israel solle seine ernste Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Verhandlungen erklären, aber nur unter der Bedingung, daß die Palästinenser ausdrücklich auf ihr Rückkehrrecht verzichteten; sollte dies nicht geschehen, werde es auch keine Gespräche über andere Fragen geben. Falls Israel einen Zaun um die besetzten Gebiete bauen sollte, sollte dieser nur in einer Richtung offen sein. Die Palästinenser sollten nicht nach Israel kommen können, aber Israel habe je-

derzeit das Recht, in die besetzten Gebiete einzudringen, falls die Palästinenser nicht effektiv den Terrorismus bekämpften. Unter keinen Umständen solle der Zaun entlang der Waffenstillstandslinie von 1967 gebaut werden. Solange es kein vertrauenswürdiges palästinensisches Regime gebe, solle Israel die Staatswerdung nicht in Betracht ziehen. Über Souveränität, Grenzkontrollen, Wasserrechte etc. könne Israel nur mit einer verantwortungsvolleren palästinensischen Führung verhandeln. Die Frage nach einer verantwortungsbewußten israelischen Regierung stellte er wohlweislich nicht.

Baraks Vorschläge nahmen sich fast noch restriktiver als die von Netanyahu aus. Während Israel aktiv den Terrorismus bekämpft, sollte es eine einseitige Politik der Trennung anstreben nach dem Motto: *us here and them there*. Dieser Plan sollte in vier Jahren umgesetzt werden; wenn die Palästinenser kooperieren, können sie davon profitieren, wenn nicht, sollte Israel alleine entscheiden. Mit der Umsetzung dieses Planes sollen fünf Siedlungsblocks entstehen, die zwölf bis dreizehn Prozent des Westjordanlands umfassen, sowie das Jordantal, das nochmals zwölf Prozent ausmacht. Alle isolierten Siedlungen sollten geräumt werden, aber erst, nachdem die Gewalt beendet ist. Israel hat das Recht, Zäune, Straßensperren, Mauern und Grenzübergänge zu errichten, die es aus Sicherheitsgründen für nötig erachtet. Der Trennungsplan soll nicht nur die israelischen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse befriedigen, sondern auch eine »signifikante jüdische Mehrheit« in Israel sicherstellen; falls Israel diesen Plan nicht umsetzt, wird es entweder ein binationaler oder Apartheidstaat werden. Beides wäre das Ende des »zionistischen Traums«. Auch um Jerusalem sollte es Zäune und Straßensperren geben. Barak gibt sich aber auch »sozial«. Israel sollte sich um das Wohlergehen unschuldiger Palästinenser kümmern und dies mit Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft garantieren. Die Gebiete jenseits des Zauns können den Staat der Palästinenser bilden, Israel werde aber die Grenzen dieses »Staates« kontrollieren. Israel sollte immer die Möglichkeit für Verhandlungen offenhalten, aber nur, wenn die Palästinenser er-

Ein Tag im September

folgreich den Terrorismus bekämpften. Wenn die Palästinenser dieses Gebilde Staat nennen wollen, so können sie dies tun, hatte schon Yossi Sarid, Vorsitzender der Meretz-Partei, vor Jahren erklärt.

Völlige Übereinstimmung zwischen beiden Politikern bestand in bezug auf den von den USA geführten »Krieg gegen den Terror« und die damit einhergehenden Vorteile für Israel. Für Barak, Netanyahu und Sharon ist Arafat kein Partner mehr. Daß aber alle drei Politiker wesentlich zu seiner Delegitimierung und zur Zerstörung des Friedensprozesses beigetragen haben, sei hier nur der ausgleichenden Gerechtigkeit halber erwähnt. Nicht Arafat trägt für das Scheitern des Friedensprozesses die Verantwortung, sondern die diversen israelischen Ministerpräsidenten und zu einem erheblichen Teil der ehemalige US-Präsident Bill Clinton.

Auch für den Krieg gegen das palästinensische Volk, den Sharon im Rahmen des »Antiterrorfeldzugs« des Westens gegen die islamische Welt glaubt führen zu müssen, trägt Israel die direkte und die US-Administration unter Präsident George W. Bush letztendlich die Mitverantwortung. Die US-Regierung hat Sharon zur Zerschlagung der »Infrastruktur des Terrors« grünes Licht gegeben. Daß diese »Infrastruktur des Terrors« und die Terroristen das Resultat israelischer Politik sind, hat bereits Nurit Elhanan-Peled festgestellt, deren vierzehnjährige Tochter Smadar durch einen Terroranschlag ums Leben gekommen ist. Am 7. September 1997 sagte sie gegenüber der israelischen Tageszeitung *Maariv*: »Unsere Regierung ist schuldig, weil sie das äußerste tut, um den Friedensprozeß zu zerstören; sie bringt Tod und Zerstörung über uns. Ich kritisiere nicht die Terroristen – wir haben sie nämlich selbst hervorgebracht. Fast jede palästinensische Familie wurde durch uns verletzt, und sie leben in Elend und Verzweiflung. Die Selbstmörder sind unser Spiegel.« Diese Feststellung war schon gegenüber der Regierung Netanyahu mehr als berechtigt; sie hat eine noch größere Berechtigung gegenüber der Regierung Sharon.

Im Rahmen dieses »Antiterrorkriegs« erlaubten die USA Israel alles, bis auf die Ermordung Arafats. Für die stillschweigende Hinnahme dieser Gewaltstrategie Israels ist aber auch indirekt die Europäische Union verantwortlich. Beide, die USA und die EU, haben keine Maßnahmen ergriffen, um die israelische Armee und Regierung von ihrem unverhältnismäßigen Militäreinsatz gegen eine wehrlose Bevölkerung abzuhalten. Unter der Führung des deutschen Außenministers Joschka Fischer wurde alles getan, um Sanktionen der EU gegenüber Israel zu verhindern. Fischer ist auch derjenige, der immer wieder versucht, die israelische Vorgehensweise gegenüber den Palästinensern durch den von Nazideutschland begangenen millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu relativieren. Seine Kritiklosigkeit an Israels unterdrückerischem Besatzungsregime hat ihm von seiten des CDU-Bundestagsabgeordneten Karl Lamers den Vorwurf eingetragen: »Manchmal meint man, man hört die Israelis sprechen.« Fischer solle klar sagen, »daß Israel die größere Verantwortung« trage. Diese diplomatisch abgewogene Kritik könnte man auch viel deutlicher formulieren. In seinen Äußerungen betont Fischer permanent, daß es um die Existenz Israels gehe. Irreführender und mehr an der politischen Wirklichkeit vorbeigehend kann man die Öffentlichkeit nicht manipulieren. Nicht um die Existenz Israels geht es, sondern um die des palästinensischen Volkes; denn dieses steht am Abgrund – nicht Israel. Hier findet eine völlige Umwertung von Fakten statt; wie denn auch Fischer immer wieder betont, daß der Terror die Ursache der Gewalt sei – von der Besatzung als Ursache will er nichts wissen.

Wie »schwach« und »bedroht« Israel ist, zeigen folgende Fakten: Das Land verfügt über dreihundert bis fünfhundert Atomsprengköpfe sowie ein großes Arsenal biologischer und chemischer Waffen. Trotzdem wird immer von einer »islamischen Bombe« geredet. Warum spricht niemand über die »jüdischen Bomben«? Israels Panzerarmee und das Arsenal schwerer Waffen ist größer als das Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands zusammen. Hinzu kommt die nach den USA beste Luftwaffe;

Ein Tag im September

sie ist vollständig »Made in USA« und »Payed by the US«. Israel verfügt über drei U-Boote – von Deutschland kostenlos geliefert – die mit atomaren *Cruise-Missiles* (Marschflugkörpern) ausgestattet sind. Demgegenüber verfügen die Palästinenser über zwanzigtausend veraltete K47-Gewehre und einige selbstgebaute »Raketen« – Reichweite drei bis fünf Kilometer. Soviel zur »Bedrohung« Israels. Wenn sich jemand im Nahen Osten bedroht fühlen muß, dann indirekt die arabischen Staaten und direkt die Palästinenser.

Nachdem Israels Krieg (Operation »Schutzwall«) gegen ein nahezu wehrloses Volk im Mai 2002 vorläufig beendet war, wurde das ganze Ausmaß der Verwüstung sichtbar. Der Vandalismus der israelischen Armee wurde sogar im Fernsehen vorgeführt, als man auch noch die beiden letzten einsatzfähigen Fahrzeuge in Arafats Hauptquartier in Ramallah mutwillig durch Bulldozer zertrümmerte. Alle palästinensischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen haben die Verwüstungen durch das israelische Militär dokumentiert. Ob es sich um die Einrichtungen der Palästinensischen Regierungsbehörde handelte oder ob es Privatwohnungen sowie andere öffentliche Gebäude, zum Beispiel auch Kirchen, waren: zurück blieb ein Bild der mutwilligen Verwüstung und Zerstörung. Und US-Präsident George W. Bush fiel dazu nur ein: »Sharon ist ein Mann des Friedens!«

Als Resultat des 11. September 2001 wurde der Nahostkonflikt für machtpolitische Zwecke instrumentalisiert, die langfristig enormen Schaden für das Völkerrecht und die Glaubwürdigkeit westlicher Demokratien bedeuten werden. Insbesondere die Haltung der israelischen Regierung gegenüber der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und dem Völkerrecht ist vor dem Hintergrund eines demokratischen Wertesystems völlig inakzeptabel, wird aber von allen Parteien hingenommen und von den USA gedeckt und damit gefördert. So hat Sharon nicht nur Yassir Arafat fünf Monate als seinen persönlichen Gefangenen in Arafats Hauptquartier festgesetzt, sondern auch keine EU-Politiker zu ihm gelassen. Der spanische Außenmini-

ster Joseph Piqué und Javier Solana, der Koordinator der EU-Außenpolitik, wurden schroff abgewiesen und mußten gedemütigt Jerusalem wieder verlassen. Den US-Außenminister Colin Powell mußte Sharon zwangsläufig vorlassen, obwohl er das Treffen zwischen Arafat und Powell öffentlich als Fehler bezeichnet hatte. Trotz dieser Mißachtung der EU konnten sich die europäischen Regierungen nicht zu einem Boykott gegenüber Israel entscheiden. Das Nichthandeln ist zu einem großen Teil dem deutschen Außenminister Fischer zuzuschreiben, der die Interessen Israels in den EU-Gremien am stärksten vertritt.

Die Mißachtung der internationalen Institutionen und des Völkerrechts erreichte seinen Höhepunkt in der Weigerung Israels, eine von der UNO eingesetzte internationale Untersuchungskommission über die Menschenrechtsverletzungen im Flüchtlingslager Jenin einreisen zu lassen. Nachdem man anfangs Zustimmung signalisiert hatte, gelang es Sharon mit Zustimmung der USA, die Einreise der Kommission zu torpedieren. UN-Generalsekretär Kofi Annan löste daraufhin die Kommission wieder auf. Hatte Israel vielleicht doch etwas zu verheimlichen? War die Zahl der von Israel Ermordeten vielleicht doch höher als behauptet? Wurden Tote in Massengräbern verscharrt, wie die Palästinenser behaupten? War nicht bei den Massakern in Sabra und Shatila 1982 in Beirut auch Ariel Sharon als Verteidigungsminister Israels maßgeblich beteiligt? Für die Verwüstungen und Tötungen im Rahmen des sogenannten Antiterrorkriegs trägt das israelische Sicherheitskabinett die politische Verantwortung. Sollte es eines Tages zu einer Anklage vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag kommen, sind die Mitglieder dieses inneren Entscheidungsgremiums zur Rechenschaft zu ziehen. Außenminister Shimon Peres hatte vor der Wiederbesetzung des Westjordanlands seine Kabinettskollegen mit den Worten gewarnt, daß sich das Kabinett in Den Haag wiederfinden könnte – eine durchaus weitsichtige und realistische Einschätzung.

Die Kapitulation der UNO vor Israel und seinem Interessenvertreter USA bedeutete für die Vereinten Nationen eine

politische Bankrotterklärung. Es zeigte sich auch deutlich, daß Gewalt vor Recht geht – die Ungerechtigkeit hatte obsiegt. In welchem Konflikt will die UNO jetzt überhaupt noch mit Autorität oder Glaubwürdigkeit auftreten? Die Weltorganisation hat sich zu einem Spielball amerikanischer Interessen machen lassen. Die UNO wird erst dann wieder gefragt sein, wenn die USA beschließen werden, einen Krieg gegen den Irak zu führen. Dafür benötigt die US-Regierung nämlich einen Beschluß des UN-Sicherheitsrats; es ist zu befürchten, daß sie ihn bekommen wird. Ist den Europäern nicht klar, in welchem fragwürdigen Spiel sie Partner sind? Der Schaden für die westliche Glaubwürdigkeit wird irreparabel sein.

Das Schlimmste könnte den Palästinensern aber noch bevorstehen. Sharon hat in einem Interview mit der Tageszeitung *Haa-retz* im März 2001 davon gesprochen, daß der Krieg von 1948 noch nicht zu Ende sei. Seit Monaten wird in Israel öffentlich über eine Vertreibung der Palästinenser diskutiert. Besorgte Stimmen wie die des Soziologieprofessors Baruch Kimmerling oder des Militärhistorikers Martin van Creveld prognostizieren eine bevorstehende Vertreibung im Rahmen eines Kriegs gegen den Irak. Solch unglaubliche Vorstellungen haben auch schon Einzug in die amerikanische Öffentlichkeit gehalten. Der republikanische Abgeordnete von Texas und Mehrheitsführer im US-Repräsentantenhaus, Dick Armey, hat am 2. Mai 2002 in der Sendung *Hardball* des Fernsehsenders MSNBC in einem Interview folgendes geäußert: »I'm content to have Israel grab the entire West Bank.« In den verschiedenen arabischen Ländern gebe es genügend Land, um einen Palästinenserstaat zu gründen. Auf die Frage, ob die Palästinenser ihr Land verlassen sollten, antwortete Armey: »That's right ... I happen to believe that the Palestinians should leave.« Auf Nachfrage, ob er dies tatsächlich meine, antwortete Armey mit »Yes«.

Da es Sharon gelungen ist, Arafat als seinen Bin Laden im amerikanischen Bewußtsein zu verankern, wäre es aus israelischer Sicht nur folgerichtig, bis zu seiner völligen Liquidierung zu kämpfen. Wenn die Vertreibung als »politischer GAU« eintre-

Ludwig Watzal

ten würde, wie würde sich wohl die Weltöffentlichkeit und insbesondere die EU verhalten? Natürlich würde es einen enormen Aufschrei – eine moralische Entrüstung – geben. Die EU würde ausgewogene Presseerklärungen und »Verurteilungen« Israels veröffentlichen. Eine Delegation würde Israel besuchen und unverrichteter Dinge wieder abziehen, und die USA würden im UN-Sicherheitsrat eine Verurteilung Israels entweder verhindern oder so verwässern, daß die Massenvertreibung als ein Nebeneffekt des »Antiterrorkriegs« hinzunehmen sei. Die Europäische Union hat als internationaler Akteur – nicht als Zahlmeister israelischer Verwüstungen – bereits abgedankt. Nach einem solchen Szenario sollte sie sich in der alten Form schleunigst von der Weltbühne verabschieden und sich auflösen. Aber vielleicht behauptet Außenminister Fischer dann immer noch, daß es um die Existenz Israels gehe!